

Sorgen drücken die Ludwigsburger Sozialstationen

Erfahrungsaustausch mit Staatssekretär Hermann Mühlbeyer – Aktuelle Situation diskutiert

Das Regionaltreffen des Landeskabinetts machte es möglich: Im Gemeindefriedenskirche in der Karlsstraße 24 kamen die Vertreter der Sozialstationen, der Kommunen, der Kirchen und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Ludwigsburg mit dem Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung in Stuttgart, Hermann Mühlbeyer, zu einem Erfahrungsaustausch zusammen.

Nach der Begrüßung der Gäste durch Dekan Günter Eiding, Ludwigsburg, und nach einer Vorstellungsrunde skizzierte der Staatssekretär die Lage der Sozialstationen aus der Sicht der Landesregierung. Er erinnerte zunächst daran, daß die Situation vieler Krankenpflegeeinrichtungen Anfang der siebziger Jahre bedrohlich gewesen sei. Neben den Überlegungen, wie diese bewährten Einrichtungen finanziell abgesichert werden könnten, habe die Frage gestanden, wie die Betreuung alter und kranker Menschen so erfolgen könnte, daß diese möglichst lange in der vertrauten häuslichen Umgebung bleiben könnten. So sei es zur Gründung von zunächst zehn modellhaften Sozialstationen gekommen, eine davon die Sozialstation Ludwigsburg.

Inzwischen, so der Staatssekretär, arbeiten in Baden Württemberg 376 Stationen, davon allein 16 mit 147 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landkreis Ludwigsburg. Trotz des Sparkurses der Landesregierung in den vergangenen Jahren hätten die Zuschüsse für diese wichtige Arbeit von Jahr zu Jahr gesteigert werden können. Gegenwärtig beläuft sich die Forderung auf 1,1 Millionen Mark jährlich. Wären diese Mehreinnahmen in den ersten Jahren für die flächendeckende Einrichtung solcher Stationen verwendet worden, so gehe es jetzt um die Verstärkung der bestehenden Stationen. Allein für 1987 seien 60 Personalstellen zusätzlich vorgesehen, die in enger Absprache mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege placent würden.

Auf Probleme hingewiesen

Der Staatssekretär ging auch auf die kommenden Probleme auf dem Gebiet der Haus- und Krankenpflege ein. Der Ausbau der ambulanten Dienste bringe auch Strukturveränderungen im Bereich der Alten- und Pflegeheime mit sich. Hermann Mühlbeyer warnte davor, die Sozialstationen durch Ausweitung der Aufgabenstellung zu überfordern. So müsse für die Betreuung psychisch Kranker eine eigene Betreuungsstruktur aufgebaut werden. Im übrigen müssen gesehen werden, daß die öffentliche Hand nicht alle Probleme allein lösen könne. Die Eigenverantwortung der Familie müsse mit in Anspruch genommen werden.

Auf dieser Linie lag auch ein Votum von Kreisdekan Paul Kopf, Ludwigsburg, der die Versammlung aufforderte, nicht alles vom Staat zu erwarten, sondern die jeweils eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Zwei Koreferate von Schwester Gertrud Kasper (Marbach) und Adelheid Teubert (Ludwigsburg) brachten die Erfahrungen vor Ort in die Gesprächsrunde ein.

Die Pflegedienstleiterin der Sozialstation Marbach wies darauf hin, daß die politische Zielsetzung eines Ausbaus der ambulanten Dienste inzwischen Konsequenzen erkennen lasse, die die bestehenden Einrichtungen personell und praktisch überfordern. Da sollen Kranke früher als sonst vom Krankenhaus in die eigene Wohnung entlassen werden. Deren Betreuung ist dann aber sehr oft nicht durch stundenweisen Besuch einer Krankenschwester gewährleistet! Da soll ambulante Betreuung den Heimaufenthalt hinauszögern. Das Ergebnis dieser an sich zu begrüßenden Zielsetzung ist aber oft eine Überforderung aller Beteiligten.

Hohe Erwartungen

Die Zahl alter Menschen, die körperlich rüstig, aber geistig verwirrt sind, nimmt zu. Sind Krankenschwestern oder Hauspflegerinnen für diese Aufgabe gerüstet? Ähnliche Fragen schnitt die Geschäftsführerin der Ludwigsburger Sozialstation Adelheid Teubert an. Sie wies darauf hin, daß die Haus- und Familienpflege zu meist noch mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen arbeitet. Die Erwartungen sind hoch, nicht zuletzt in Sachen Vielseitigkeit der Dienste und Flexibilität. Um so unverständlicher sei es, daß nicht einmal für die Stellen der Einsatzleiterinnen dieser Dienste ein staatlicher Zuschuß gewährt werde. Ein Problem sei auch, daß viele Ehrenamtliche nur begrenzt eingesetzt werden könnten, weil sonst die Aufwandsentschädigungen von bisher 430 Mark überschritten und dann steuerlich und versicherungsrechtlich unzumutbar erfaßt würden. Angesichts der ständig steigenden Aufgaben seien viele Mitarbeiterinnen am Ende ihrer Kräfte: „Wir haben keine Reserven mehr“, betonte Frau Teubert und fand damit verständnisvollen Beifall.

Die rege Diskussion an diesem Treffen bewies in ihrer Sachlichkeit einen erfreulichen Willen zum Aufeinanderhören und gegenseitigen Respekt. Sie machte aber auch deutlich, daß die Problematik höchst brisant und der „Leidensdruck“ der Beteiligten beträchtlich ist. Dies gab auch der hohe Gast aus Stuttgart zu. Er würdigte zum Schluß noch einmal die Leistungen der Sozialstationen, die er ein „Paradepferd des Landes“ nannte. Er versprach alle Unterstützung der Landesregierung – freilich im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten.

Anteil der Älteren wächst

Mühlbeyer betonte, daß die Bedeutung der Sozialstationen weiter zunehmen wird. Der Staatssekretär verwies auf die Bevölkerungsstatistik des Landkreises Ludwigsburg. Von den 434 000 Einwoh-

nern seien schon heute über 52 000 – also rund 12 Prozent – über 65 Jahre alt. Und der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung werde in den nächsten Jahren und Jahrzehnten drastisch ansteigen. Ziel der Altenpolitik muß es deshalb nach Auffassung von Mühlbeyer sein, den älteren Menschen die materiellen Lebensgrundlagen zu sichern und ihnen eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies setze voraus, so Mühlbeyer, daß die Selbstständigkeit im Alter möglichst lange gewahrt, bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit aber auch auf bedarfsgerechte Hilfsangebote zurückgegriffen werden könne. „Nachdem wir bei den Sozialstationen eine flächendeckende Versorgung erreicht haben, kommt es jetzt darauf an, sie personell so zu verstärken, daß ihre Leistungsfähigkeit mit dem steigenden Bedarf an ambulanten Pflegeleistungen auch Schritt hält.“

V. A.

